

## **Hinweise zur Datenschutzerklärung gemäß Artikel 13 und 14 EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU DSGVO)**

Verantwortliche Organisationseinheit für die Datenverarbeitung und deren Anschrift ist:  
Landeshauptstadt Dresden, Amt für Wirtschaftsförderung Ammonstraße 74, 01067 Dresden.

Der behördliche Datenschutzbeauftragte und dessen Kontaktdaten sind:  
Landeshauptstadt Dresden, Datenschutzbeauftragter, Postfach 1200 20 01001 Dresden

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten dient folgendem Zweck:  
Ordnungsgemäße Durchführung des Verfahrens nach Richtlinie KU-Förderung Dresden.

Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist gesetzlich vorgeschrieben, bzw. beruht auf dem berechtigten Interesse der Fördermittelgeberin.

Der Verantwortliche beabsichtigt, nicht die personenbezogenen Daten für einen anderen Zweck weiterzuverarbeiten als den, für den die personenbezogenen Daten erhoben wurden:

Werden die Daten nicht bereitgestellt, ist die Folge der Ausschluss vom Fördermittelverfahren.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten ist:

Verwaltungsverfahrensgesetz, Haushaltsrecht und Art 6 Abs. 1 EU DSGVO (Berechtigtes Interesse)

Die personenbezogenen Daten werden auch andere an der Förderung beteiligte Stellen übermittelt, wie die SAB als Fördermittelgeberin, die STESAD als Sachverständige. Welche Stellen das in Ihrem konkreten Vorhaben sind, ist in den jeweiligen Förderprogrammen und -unterlagen geregelt.

Die Daten können auch zum Zweck der Beantragung, Bewilligung und Verwaltung, der Bearbeitung eines gegebenenfalls entstehenden Zahlungsanspruchs und der Beitreibung dieses Anspruches verarbeitet werden. Die Befugnis gilt auch für die Übermittlung der Daten an alle im Rahmen der Antragstellung, Bewilligung, Auszahlung und Verwaltung von Finanzierungsmitteln beteiligten Stellen innerhalb der LH Dresden.

Gegebenenfalls werden die personenbezogenen Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt: Auf Grund von Vorschriften der EU, der Bundesrepublik Deutschland und des Freistaates Sachsen kann ein Abgleich der Fördermittelverfahren erfolgen.

Die Daten werden für die Dauer von 30 Jahren gespeichert, da die allgemeinen Vorschriften zur Aktenhaltung dies vorschreiben.

Gegenüber dem Verantwortlichen hat die betroffene Person, die ihre personenbezogenen Daten zur Verfügung stellt, das Recht auf

- Auskunft nach Artikel 15 EU-DSGVO.
- Berichtigung fehlerhafter Daten nach Artikel 16 EU-DSGVO.
- Löschung bzw. Vergessen werden nach Artikel 17 EU-DSGVO.
- Einschränkung der Verarbeitung nach Artikel 18 EU-DSGVO.
- Widerspruch gegen die Verarbeitung nach Artikel 21 EU-DSGVO.
- Datenübertragbarkeit nach Artikel 20 EU-DSGVO.
- Widerruf, wenn die Verarbeitung der Daten auf einer Einwilligung beruht. Die Verarbeitung der Daten bleibt bis zum Zeitpunkt des Widerrufs rechtmäßig.

Es bestehen ggf. Einschränkungen der o. g. Rechte gemäß Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe h EU-DSGVO und spezialgesetzlicher Regelungen.

Gegenüber der Datenschutzaufsichtsbehörde hat die betroffene Person, die ihre personenbezogenen Daten zur Verfügung stellt, das Recht auf

- Beschwerde gegen die Verarbeitung nach Artikel 13 Absatz 2 Buchstabe d bzw. Artikel 77 Absatz 1 EU-DSGVO.

Zuständige Aufsichtsbehörde ist: Der Sächsische Datenschutzbeauftragte.